

Rat der Hansestadt Buxtehude

Wahlperiode 2016 - 2021

PROTOKOLL

22. Sitzung des Rates

Tag: 12.12.2019
Beginn: 18:37 Uhr
Ende: 21:24 Uhr
Ort: Ratssaal (Rathaus), Breite Str. 2

Anwesende Mitglieder

Vorsitz im Gremium

Herr Christian Krüger - SPD

Ratsmitglieder

Frau Katja Oldenburg-Schmidt - Bürgermeisterin

Frau Christel Lemm - SPD

Frau Petra Möhle - CDU

Frau Arnhild Biesenbach - CDU

Herr Heinrich Bröhan - CDU

ab 18:38 Uhr während TOP 1

Frau Birgit Butter - CDU

Herr Jochen Dammann - SPD

Herr Ulrich Felgentreu - B 90/Die Grünen

Herr Nick Freudenthal - SPD

Herr Michael Gerkens - B 90/Die Grünen

Herr Niels Großkreutz - SPD

Herr Maik Julitz - AfD

bis 21:08 Uhr einschl. TOP 17

Herr Robert Kamprad - CDU

Herr Bodo Klages - BBG/FWG

Frau Franziska Knoefel - SPD

Herr Benjamin Koch-Böhnke - DIE LINKE

Frau Sylvia Köhnken - CDU

Herr Klemens Kowalski - DIE LINKE

Herr Alexander Krause - CDU

Herr Thomas Lange - B 90/Die Grünen

Herr Michael Lemke - B 90/Die Grünen

Herr Bernd Luge - AfD

Frau Dörte Matthies - FDP

Frau Susi Milewski - CDU

Herr Ismet Özgün - SPD

Herr Alexander Paatsch - SPD

Herr Wilfried Peper - BBG/FWG
Herr Olaf Riesterer - CDU
Herr Stefan Schilling - CDU
Herr Guido Seemann - B 90/Die Grünen
Herr Horst Subei - SPD
Herr Thomas Sudmeyer - SPD
Herr Helmut Wiegers - AfD

ab 18:55 Uhr während TOP 5

Verwaltung

Herr Michael Nyveld - Erster Stadtrat
Herr Ralf Dessel - Fachbereichsleiter
Herr Reiner Lütjens - Fachgruppenleiter
Herr Frank Thomas - Produktverantwortlicher
Frau Marei Buckow - Protokollführerin

T a g e s o r d n u n g:

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Fragestunde der Einwohnerinnen und Einwohner
3. Genehmigung des Protokolls des öffentlichen Teils der 21. Sitzung vom 04.11.2019
4. Besetzung von Ausschüssen
 - 4.1. Umbesetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien
 - 4.2. Regionalforum Hansestadt Buxtehude der Stiftung für Stifter der Sparkasse Harburg-Buxtehude
5. Resolution: Buxtehude braucht den Anschluss an die A 26; Antrag der CDU-Fraktion vom 25.11.2019
 - 5.1. Resolution zum K 40-Urteil; Antrag DIE LINKE.Fraktion vom 26.11.2019
6. Jahresabschluss 2017
7. Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020
 - 7.1. Erhöhung des Haushaltsansatzes im Produkt 0.41.08; Antrag der Fraktion B 90/Die Grünen vom 28.11.19

8. Finanzplan und Investitionsprogramm für die Jahre 2020 bis 2023
9. Unterstützung der Initiative "Seebrücke schafft sichere Häfen"
- 9.1. Unterstützung der Initiative "Seebrücke schafft sichere Häfen"; Antrag der AfD-Fraktion vom 06.12.2019
10. Betriebssatzung der Städtischen Betriebe Buxtehude ab 01.01.2020
11. Festsetzung des Gebührensatzes in der Schmutzwasserbeseitigung für den Bereich der Hansestadt Buxtehude für das Jahr 2020
12. Festsetzung des Gebührensatzes in der Niederschlagswasserbeseitigung für den Bereich der Hansestadt Buxtehude für das Jahr 2020
13. Festsetzung des Gebührensatzes in der Schmutzwasserbeseitigung für den Bereich der Samtgemeinde Apensen für das Jahr 2020
14. Festsetzung der Gebührensätze in der Niederschlagswasserbeseitigung für den Bereich der Samtgemeinde Apensen in den Gemeinden Apensen und Beckdorf für das Jahr 2020
15. 9. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen, Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwasserbeseitigung der Hansestadt Buxtehude (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung) vom 23.12.1999
16. 10. Satzung zur Änderung der Satzung der Hansestadt Buxtehude über die Erhebung der Abgaben für die Abwasserbeseitigung im Bereich der Samtgemeinde Apensen (Abwasserabgabensatzung Apensen) vom 28.11.2005
17. Wirtschaftsplan 2020 der Städtischen Betriebe Buxtehude
18. Ausschreibung der Stelle "Migrationsbeauftragte/r"; Antrag der Fraktion B 90/Die Grünen vom 06.05.2019
19. Straßenerneuerungsmaßnahmen/realistische Ausbauplanung entsprechend den anteiligen Einnahmen aus dem Grundsteueranteil; Antrag der Fraktion B90/Die Grünen vom 04.11.2019
20. Gewinnausschüttung der Sparkasse Harburg-Buxtehude; Antrag DIE LINKE.Fraktion vom 12.11.2019
21. Eichen Kreuzungsbereich Heideweg/Kirchweg - Recht auf Nachhaltigkeit - ; Antrag der FDP/BBG/FWG-Gruppe vom 20.10.2019
22. Mitteilungen der Bürgermeisterin über wichtige Angelegenheiten
23. Behandlung von Anfragen

Protokoll:

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Ratsvorsitzende, Herr Krüger, eröffnet den öffentlichen Teil der 22. Sitzung des Rates der Hansestadt Buxtehude um 18:37 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass zu dieser Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Rat bei insgesamt 32 anwesenden Ratsmitgliedern beschlussfähig ist. Er erinnert an die verstorbenen Ratsmitglieder, Herrn Helmuth Burfeindt und Herrn Jürgen Gerdau, und bittet um einen Moment des Innehaltens.

Frau Lemm stellt anschließend den Antrag zur Geschäftsordnung, die in der heutigen Sitzung zu TOP 5.1 vorgesehene Beratung zum Antrag der DIE LINKE.Fraktion (Resolution zum K 40-Urteil) vom 26.11.2019 zu vertagen, bis die schriftliche Begründung zum Urteil vorliegt. Herr Koch-Böhnke spricht sich gegen diesen Antrag zur Geschäftsordnung aus. Seiner Meinung nach sei allein der Urteilspruch ausreichend, um deutlich Position beziehen zu können. Für die CDU-Fraktion stellt Frau Biesenbach heraus, den Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung zu unterstützen.

Herr Bröhan nimmt an der Sitzung teil. Es sind 33 Ratsmitglieder anwesend.

Herr Krüger lässt über den Antrag zur Geschäftsordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	26
Nein-Stimmen:	3
Enthaltungen:	4

Damit ist der Tagesordnungspunkt 5.1 von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

Für die antragstellende Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen gibt Herr Lemke bekannt, den als TOP 19 vorgesehenen Antrag Straßenerneuerungsmaßnahmen / realistische Ausbauplanung entsprechend den anteiligen Einnahmen aus dem Grundsteueranteil vom 04.11.2019 in der heutigen Sitzung nicht beraten und somit von der Tagesordnung absetzen zu wollen.

Herr Lange beantragt, den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 03.12.2019 (Bildung eines neuen Haushaltspostens – Klimafonds Buxtehude) im Rahmen der Verabschiedung der Haushaltssatzung zu beraten. Da dieser Antrag allerdings nicht im Verwaltungsausschuss vorbereitet wurde, ist eine Beratung in der heutigen Ratssitzung nicht möglich.

Es besteht Einvernehmen, den als TOP 18 vorgesehenen Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 06.05.2019 (Ausschreibung der Stelle „Migrationsbeauftragte/r“) im Zusammenhang mit der Haushaltssatzung zu beraten.

zu 2 Fragestunde der Einwohnerinnen und Einwohner

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern werden nicht gestellt. Die Fragestunde findet daher nicht statt.

zu 3 Genehmigung des Protokolls des öffentlichen Teils der 21. Sitzung vom 04.11.2019

Beschluss:

Das Protokoll über den öffentlichen Teil der 21. Sitzung des Rates der Hansestadt Buxtehude am 04.11.2019 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 2 Enthaltungen

**zu 4 Besetzung von Ausschüssen
Vorlage: 2019/264**

Beschluss:

Nach § 71 Abs. 5 NKomVG wird folgendes festgestellt:

1. Im Ausschuss für Schulen und Sport wird für ein Nichtratsmitglied mit beratender Stimme (Vertreter/in der AG der Buxtehuder Sportvereine) das Mandat einer Stellvertretung festgelegt.

2. Herr Stephan Griebel, Erlenstieg 8 b, Buxtehude, wird stellvertretendes Nichtratsmitglied mit **beratender Stimme** im Ausschuss für Schulen und Sport. Die Tätigkeit gilt nur für Angelegenheiten außerhalb des § 110 Nds. Schulgesetz.

3. Für den Ausschuss für Schulen und Sport werden folgende weitere Ausschussumbesetzungen hinsichtlich der **stimmberechtigten** Vertreterinnen und Vertreter der Schülerinnen und Schüler vorgenommen:

- a) Anstelle von Finn Genehr und Claudia Lietze werden Jan Luca Keusemann, Schulstr. 30, 21641 Apensen und Lena Block, Hogenbarg 1 a, Buxtehude, ordentliche Mitglieder.
- b) Anstelle von Claas Mewes, Charlotte Pape und Anne Wurzel werden Alexander Hausmann, Friedhofsweg 6, 21643 Goldbeck, Alina Gräpel, Milanstr. 1, Buxtehude und Diana Hermann, Schäferkamp 11, Buxtehude, stellvertretende Mitglieder.

4. Auf Vorschlag der AfD-Fraktion werden folgende Umbesetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien vorgenommen:

- a) Anstelle von Frau Lindszus wird Herr Julitz Stellvertreter im Verwaltungsausschuss

- b) Anstelle von Frau Lindszus wird Herr Wiegers Stellvertreter im Ausschuss für Schulen und Sport
- c) Anstelle von Frau Lindszus wird Herr Julitz Mitglied im Jugendhilfeausschuss
- d) Anstelle von Frau Lindszus wird Herr Julitz Stellvertreter im Betriebsausschuss
- e) Anstelle von Frau Lindszus wird Herr Wiegers Mitglied im Aufsichtsrat der Stadtwerke Buxtehude GmbH

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 1 Enthaltung

zu 4.1 Umbesetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien

Vorlage: 2019/261

Der Antrag ist in der Verwaltungsvorlage 2019/264 (TOP 4) berücksichtigt.

zu 4.2 Regionalforum Hansestadt Buxtehude der Stiftung für Stifter der Sparkasse Harburg-Buxtehude

Vorlage: 2019/268

Für die SPD-Fraktion wird Frau Christel Lemm vorgeschlagen. Die CDU-Fraktion schlägt Herrn Robert Kamprad vor.

Beschluss:

Als Mitglieder des Regionalforums Hansestadt Buxtehude der „Stiftung für Stifter der Sparkasse Harburg-Buxtehude“ werden für den Zeitraum vom 01.01.2020 bis 31.12.2023 folgende Personen benannt:

Auf Vorschlag der SPD-Fraktion: Frau Christel Lemm

Auf Vorschlag der CDU-Fraktion: Herr Robert Kamprad

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 2 Enthaltungen

zu 5 Resolution: Buxtehude braucht den Anschluss an die A 26; Antrag der CDU-Fraktion vom 25.11.2019

Vorlage: 2019/262

Frau Biesenbach stellt für die CDU-Fraktion den Antrag vor. Sie verdeutlicht, dass insbesondere die Menschen in den Ortschaften, die Pendler und die Wirtschaft unter der Verzögerung des Verfahrens leiden und daher ein Signal gesetzt werden sollte. In der Sitzung des Verwaltungsausschusses wurde empfohlen, den Resolutionstext in Punkt 2 wie folgt abzuändern:

„Wir fordern vom Landkreis unter Beteiligung der Stadtverwaltung der Hansestadt Buxtehude zeitnah Konzepte, um die Ortschaften von zusätzlichem Verkehr zu entlasten.“

Herr Koch-Böhnke bringt sein Missfallen zum Ausdruck, dass zu dem Antrag der DIE LINKE-Fraktion ein Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung angenommen wurde. Seiner Meinung nach geht der Antrag der CDU-Fraktion nicht weit genug. Es spricht sich dafür aus, die Planungen zur K 40 endgültig zu verwerfen, Alternativen zu planen und nicht nur – wie von der CDU-Fraktion beantragt – allgemein Stellung zu beziehen.

Herr Riesterer nimmt an der Sitzung teil. Es sind 34 Ratsmitglieder anwesend.

Herr Lemke fasst die Planungen des Autobahnzubringers rückblickend zusammen. Er betont, dass das Ergebnis des Urteils vorhersehbar war und hält einen direkten Autobahnanschluss im Hinblick auf die Abfahrten Jork und Neu Wulmstorf für nicht notwendig. Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen wird daher gegen die Resolution stimmen.

Für die AfD-Fraktion positioniert sich Herr Wiegers für einen direkten Autobahnanschluss. Die AfD-Fraktion wird die Resolution allerdings insbesondere hinsichtlich Punkt 2 ablehnen, da dem Landrat ausreichend Gelegenheit zur Auswertung des Urteils und Erarbeitung neuer Varianten gegeben werden sollte.

Auch Herr Kowalski ist inhaltlich von der Resolution nicht überzeugt und fordert den Rat auf, Alternativen zu entwickeln.

Herr Krause kann sich vorstellen, ggf. zu einem späteren Punkt den Antrag der DIE.LINKE Fraktion annehmen zu können, sobald die schriftliche Begründung zum Urteil vorliegt und ausgewertet wurde. Er gibt zu bedenken, dass unabhängig von dem endgültigen Verlauf des Zubringers immer Menschen betroffen sein werden. Es überrascht ihn, dass dem Naturschutz insgesamt nicht mehr ein so hoher Stellenwert wie zuvor beigemessen wird.

Herr Sudmeyer als direkt Betroffener und Ortsvorsteher für die Ortschaft Dammhausen mahnt zum sinnigen Vorgehen, um zu vermeiden, am Ende gar keinen Zubringer zu erhalten.

Herr Schilling stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Rednerliste. Der Antrag wird bei 8 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen. Die verbliebenen Redner erhalten noch das Wort.

Herr Felgentreu weist darauf hin, dass die Anwohner der Rübker Straße schon frühzeitig auf die fehlerhafte Planung hingewiesen haben, die seitens des Landkreises nicht in dem Maße berücksichtigt wurden, wie es das Gericht nun getan hat. Ihm fehlt die Weitsicht des Rates und hält insbesondere die Planung einer dritten Unterführung der Bahnlinie im Rahmen eines Gesamtkonzeptes für zielführend.

Herr Klages findet den Resolutionstext irreführend, da eine Abfahrt bereits vorhanden ist, nur der Zubringer fehle. Aus diesem Grund wird er der Resolution so nicht zustimmen.

Herr Subei nimmt auch die Anwohner an der Hamburger Chaussee / B 73 in den Fokus. Er vermisst insgesamt eine Stellungnahme der Verwaltung und der Fraktionen. Er regt an, die Angelegenheit zur Chefsache zu deklarieren und deutlich Stellung zu beziehen.

Herr Bröhan verdeutlicht, dass der Landkreis die Zulassung der Berufung beantragen könnte. Seiner Meinung nach muss das Verfahren zu einem rechtssicheren Abschluss gebracht werden, um überhaupt weitere Alternativen aufzeigen zu können. Erst, wenn

der Antrag auf Zulassung der Berufung abgelehnt wurde, oder die Berufung keinen Erfolg bringt, ist über die Planung der K 40 endgültig entschieden.

Zum Abschluss lässt Herr Krüger über den Antrag der CDU-Fraktion vom 25.11.2019 in der vom Verwaltungsausschuss empfohlenen geänderten Form abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja- Stimmen: 21
Nein- Stimmen: 12
Enthaltungen: 1

Damit ist der Antrag angenommen.

**zu 5.1 Resolution zum K 40-Urteil; Antrag DIE LINKE.Fraktion vom 26.11.2019
Vorlage: 2019/262-1**

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung der Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung angenommen.

**zu 6 Jahresabschluss 2017
Vorlage: 2019/252**

Herr Seemann bezieht sich rückblickend auf das Jahr 2012, in der die Verwaltung durch die CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen aufgefordert wurde, 10 % Einsparungspotential aufzuzeigen, was zu dem Zeitpunkt wohl nicht möglich gewesen sei. Er zeigt sich verwundert, dass dies nun möglich war.

Es besteht Einvernehmen, zunächst über die Ziffern 1, 2, 3 und 5 des Beschlussvorschlages gemeinsam abzustimmen.

Beschluss:

1.) Der Jahresabschluss gemäß § 128 NKomVG der Hansestadt Buxtehude für das Haushaltsjahr 2017 (siehe Anlage 2019/252a zur Verwaltungsvorlage 2019/252) wird gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG beschlossen.

2.) Die über/-außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen des Haushaltsjahres 2017 der Seiten 1603-1618 (Unterkapitel 9.16) des Anhangs zum Jahresabschluss 2017 (siehe Anlage 2019/252a zur Verwaltungsvorlage 2019/252), denen die Bürgermeisterin bis zur Höhe von 20.000 € nach § 117 Abs. 1 NKomVG i. V. m. Nr. 4.1 Absatz 4 der „Leitlinien der Stadt Buxtehude zur Ausführung des Haushaltsplans im Rahmen der Produktbudgetierung“ zugestimmt hat, werden zur Kenntnis genommen.

3) Den überplanmäßigen Auszahlungen des Haushaltsjahres 2017, die über 20.000 € betragen und die bisher nicht nach § 117 Abs. 1 NKomVG genehmigt worden sind, wird nachträglich wie folgt zugestimmt:

Überplanmäßige Bereitstellung bei

- Familienpflege Minderjährige öffentliche Träger (2.51.18.3633/733113) in Höhe von 261.000 € und bei

- Inobhutnahme in Einrichtungen UMF (2.51.18.3633/733207) in Höhe von 150.000 €.

Jeweils entsprechend Deckung aus Minderauszahlungen bei der Gewerbesteuerumlage (1.20.06.611/734100).

5.) Der im Ergebnishaushalt 2017 erwirtschaftete außerordentliche Überschuss in Höhe von 530.989,19 € wird der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt (§ 58 Abs. 1 Nr. 10 NKomVG).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Anschließend lässt Herr Krüger über die Ziffer 4 des Beschlussvorschlages abstimmen.

Beschluss:

4.) Der Bürgermeisterin wird gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Frau Oldenburg-Schmidt hat an der Abstimmung zu Ziffer 4 nicht teilgenommen.

zu 7 Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 Vorlage: 2019/265

Herr Koch-Böhnke stellt zunächst den Antrag, die Stelle einer Archivkraft unbefristet auszuschreiben und zu besetzen, um insbesondere eine Perspektive für Bewerber/innen zu schaffen.

Als Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungssteuerung fasst Herr Freudenthal die seiner Meinung nach spannenden Haushaltsplanberatungen zusammen und stellt heraus, dass erstmals die 100 Mio. Euro Grenze überschritten wurde. Er betont die sinnvollen Investitionen und vertritt hierfür auch die Auffassung, den Schuldenstand entsprechend erhöhen zu müssen, zumal mit Ausnahme der Vergnügungssteuer keine weiteren Steuern erhöht wurden. Gleichzeitig gibt er perspektivisch die abfallende Konjunktur zu bedenken, was sich auch auf den Haushalt auswirkt. Der Haushalt ist insgesamt genehmigungsfähig, lässt allerdings auch kaum Spiel für neue Leistungen. Außerdem bedankt er sich bei der Verwaltung für die sehr aktive Vorbereitung und Begleitung.

Herr Lemke stellt für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen den Antrag Ausschreibung der Stelle „Migrationsbeauftragte/r“ vom 06.05.2019 vor. Einleitend bezieht er sich auf die Gründe, weshalb die Stelle ursprünglich mehrheitlich gewollt war und entsprechend besetzt wurde. Da nach wie vor Migrantinnen und Migranten im Stadtgebiet leben, hält er es für notwendig, eine/n Migrationsbeauftragte/n als Ansprechpartner/in zur Seite zu stellen, der/die darüber hinaus auch in entsprechenden Netzwerken tätig ist. Zum Haushalt bezieht er kurz Stellung und verdeutlicht, dass die Investitionen in die Schulen und in die Sportplanung seitens der Fraktion unterstützt werden. Insbesondere nach Vorstellung der Sportplanung wurde allerdings bereits deutlich, dass für die weiteren Beratungen wenig Flexibilität besteht. Bei der Umsetzung der Investitionen möchte er auf nachhaltige Baustoffe setzen.

Herr Lange stellt für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen den Antrag Erhöhung des Haushaltsansatzes im Produkt 0.41.08 vom 28.11.2019 hinsichtlich der Einführung eines Escape Rooms vor. Seiner Auffassung nach handelt es sich um eine langfristige Investition für Jugendliche - der Zielgruppe eines Jugendliteraturbuchpreises. Er geht davon aus, dass entsprechende Sponsorengelder eingeworben werden könnten und relativiert die Kosten im Vergleich zu den Kosten bspw. des Wintermärchens.

Herr Koch-Böhnke hält den Haushalt nur für genehmigungsfähig, da die Kreisumlage gesenkt wurde, und hinterfragt die Situation, sollte die Kreisumlage wieder steigen. Die Einrichtung eines Escape Rooms lehnt er aus sozialpolitischen Gründen ab, da ihm die Eintrittspreise zu hoch sind. Außerdem erinnert er an die Debatte zur Preisgestaltung der Tickets im Kulturbereich. Hinsichtlich seines Antrages, die Stelle einer Archivkraft zu entfristen, bezieht er nochmals Stellung, dass das vorhandene Personal entlastet werden sollte. Insgesamt lehnt er die vorliegende Haushaltssatzung ab, da seiner Meinung nach zu wenige Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnungsmarktes aufgeführt sind. Der Zustand könnte so lediglich erhalten, allerdings nicht verbessert werden. Abschließend spricht er sich für die Wiederbesetzung der Stelle Migrationsbeauftragte/r aus.

Herr Krause sieht keinen Unterschied zwischen dem von der Verwaltung vorgestellten Konzept, worauf das Verwaltungshandeln im Bereich Migration basiert, und dem Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen. Aus diesen Gründen wird er den Antrag ablehnen. Hinsichtlich der Haushaltssatzung schließt er sich den Vorrednern insbesondere zur aufgezeigten Perspektive und dem erhöhten Schuldenstand an, sieht die Investitionen aber auch als notwendig an und skizziert noch weitere Maßnahmen für die Zukunft. Auch bringt er den Aspekt der Digitalisierung vor, um bspw. die Infrastruktur weiter zu verbessern. Insgesamt wird er der Verwaltungsvorlage zustimmen.

Herr Schilling bezieht sich auf den Antrag zur Einrichtung eines Escape Rooms im Zusammenhang mit dem Jubiläum des Buxtehuder Bullen. Insgesamt wird er ihn ablehnen, da seiner Meinung nach das Interesse der Jugendlichen an der Nutzung von Escape Rooms nachgelassen habe, letztlich die betreibende Firma subventioniert werden würde und das Projekt nicht nachhaltig sei.

Frau Oldenburg-Schmidt bezieht zu einzelnen Wortbeiträgen Stellung und hebt dabei insbesondere den Aspekt hervor, dass es sich überwiegend um freiwillige Leistungen handelt. Zwar haben die freiwilligen Leistungen ein hohes Potential, die Stadt lebenswert zu machen, allerdings sind sie eben auch zusätzliche Leistungen neben den Pflichtaufgaben der Kommune. Sie fasst kurz zusammen, welche Maßnahmen in Bezug auf den sozialen Wohnungsbau, die Digitalisierung und im Arbeitskreis Migration bereits umgesetzt wurden oder geplant sind. Auch sie hält die Investitionen in den Bildungsbereich für unerlässlich und notwendig, um auf dieser Basis die Bildung weiter zu fördern.

Herr Lange spricht sich noch einmal für den Antrag auf Einführung eines Escape Rooms aus, der mehrheitlich auch im Kulturausschuss befürwortet wurde und zumal der genaue Eintrittspreis noch unklar ist. Hinsichtlich der von Herrn Koch-Böhnke vorgebrachten Erhöhung der Preise für Theaterkarten hält er die beschlossene Staffelung für einen gut gelungenen Kompromiss.

Herr Paatsch schließt sich im Wesentlichen den Vorrednern an und stellt zur Diskussion, freiwillige Leistungen ggf. auch an andere Träger zu geben. Außerdem hat er die Bitte, in Zukunft im Hinblick auf die konstruktive Mitarbeit erhebliche Varianten bereits im Vorfeld und nicht als Tischvorlage zur Verfügung gestellt zu bekommen. Hinsichtlich des

Antrages der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen spricht er sich für die Einrichtung eines Escape Rooms aus.

Frau Matthies schließt sich den Vorrednern an. Sie betont ebenfalls die sozialen Maßnahmen und die Investitionen in den Bildungs- und Sportbereich, wobei sie sich noch weitere Projekte vorstellen könnte. Darüber hinaus bezieht sie Stellung zu den verschiedensten Bereichen wie bspw. Wirtschaft, Digitalisierung, barrierefreies Wohnen sowie insbesondere zum Autobahnzubringer über die K 40 verbunden mit dem Vorwurf an die SPD- und CDU-Fraktion, dort seinerzeit ein Wohngebiet ausgewiesen zu haben.

Herr Wiegers stellt für die AfD-Fraktion heraus, dass diese der Haushaltssatzung nicht zustimmen wird. Als Begründung nennt er unter anderem die steigende Verschuldung, die Sinnhaftigkeit von einzelnen zu besetzenden Stellen oder die Kosten für das Jubiläum des Buxtehuder Bullen. Außerdem habe die Infrastruktur der Hansestadt ihre natürliche Grenze des Wachstums erreicht. Insgesamt hält er die Umgestaltung des St. Petri Platzes sowie der Bahnhofstraße für entbehrlich. Unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit stellt er die Werbeplakate für Veranstaltungen auf dem Estering oder den Bau einer Holz- statt Stahlbrücke in Frage, was seitens der AfD-Fraktion in den vorangegangenen Beratungen bereits abgelehnt wurde.

Es entsteht ein kurzer Austausch direkt zwischen Herrn Kowalski und Frau Oldenburg-Schmidt ehe sich Herr Freudenthal ein weiteres Mal zu Wort meldet und erneut für die Investitionen und somit für eine Erhöhung des Schuldenstands ausspricht.

Abschließend nimmt Herr Julitz Stellung zum Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen (Ausschreibung Migrationsbeauftragte/r) verbunden mit der Forderung, dass diese Person gleichzeitig auch als Beratungsstelle für ausreisepflichtige Migranten fungiert und über Rückkehroptionen aufklärt. Die Wohnungsnot begründet er ebenfalls mit der Aufnahme von Migranten im Stadtgebiet; auch die Verkehrsbelastung sei darauf zurückzuführen. Insgesamt drängt er auf die Erhebung eigener statistischer Daten zu Kontrollzwecken.

Nachdem keine weiteren Wortbeiträge erfolgen, lässt Herr Krüger zunächst über den Antrag von Herrn Koch-Böhnke, die Stelle einer Archivkraft unbefristet auszuschreiben und zu besetzen, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 23
Enthaltungen: 6

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Herr Krüger lässt über den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen - Ausschreibung der Stelle „Migrationsbeauftragte/r“ – abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 7
Nein-Stimmen: 27
Enthaltungen: 0

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Anschließend lässt Herr Krüger über den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / die Grünen - Erhöhung des Haushaltsansatzes im Produkt 0.41.08 – abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: 19
Enthaltungen: 0

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Abschließend lässt Herr Krüger über die Verwaltungsvorlage 2019/265 abstimmen.

Beschluss:

- 1) Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 wird in der Fassung der Anlage 2019/265 a zur Verwaltungs-Vorlage Nr. 2019/265 beschlossen.

Der Haushaltsplan für das Jahr 2020 unter Einbeziehung der Anlage 2019/265 c (Stellenplan) ist Bestandteil dieser Satzung und weist unter Berücksichtigung der Veränderungsliste (Anlage 2019/265 b zur Verwaltungs-Vorlage Nr. 2019/265) folgende Beträge aus:

Im Ergebnishaushalt

Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge	100.077.600 Euro
Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen	99.893.300 Euro
Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge	1.063.400 Euro
Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen	0 Euro

im Finanzhaushalt

mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	96.384.000 Euro
der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	93.850.400 Euro

der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	6.500.900 Euro
der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	15.020.400 Euro

der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	8.008.000 Euro
der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	2.023.000 Euro

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf 8.008.000 Euro festgesetzt.

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 11.880.000 Euro festgesetzt.

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2020 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 15.000.000 Euro festgesetzt.

- 2) Die für die Einzelveranschlagung von geringfügigen Investitionen als Maßnahmen in den jeweiligen Teilhaushalten ab dem Haushaltsjahr 2008 festgesetzte Wertgrenze in Höhe von 10.000 Euro je Investition wird nicht geändert.

Statt wie bisher auf Ebene der Produkte wird festgelegt, dass die lfd. Haushaltsmittel ab dem Haushaltsjahr 2020 innerhalb der Produktgruppen jeweils eine gegenseitig deckungsfähige Bewirtschaftungseinheit (Budget) gemäß § 4 Abs. 3 KomHKVO bilden.

- 3) Der Gesamtbetrag der Kredite des Eigenbetriebes Städtische Betriebe Buxtehude für das Wirtschaftsjahr 2020 wird auf 6.337.000 Euro festgesetzt.
- 4) Grundsatzbeschluss zur Aufnahme von Krediten

Die Verwaltung wird ermächtigt, zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen für die Hansestadt Buxtehude bzw. für den Eigenbetrieb Städtische Betriebe Buxtehude

- a) Kredite in Höhe der im Haushaltsplan 2020 bzw. im Wirtschaftsplan 2020 veranschlagten Beträge für Darlehensaufnahmen aufzunehmen und
- b) Umschuldungen sowie Zinsanpassungen entsprechend den Schuldurkunden vorzunehmen

zu einem Nominalzinssatz von höchstens 6,00 % p. a. und einer Laufzeit von längstens 30 Jahren.

- 5) Der Höchstbetrag der Liquiditätskredite für den Eigenbetrieb Städtische Betriebe Buxtehude wird auf 2.000.000 Euro festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Ja- Stimmen: 29
Nein- Stimmen: 5
Enthaltungen: 0

zu 7.1 **Erhöhung des Haushaltsansatzes im Produkt 0.41.08; Antrag der Fraktion B 90/Die Grünen vom 28.11.19**
Vorlage: 2019/263-1

Die Beratung und Abstimmung zum Antrag der Fraktion B 90/ Die Grünen ist zusammenfassend zu TOP 7 protokolliert.

zu 8 **Finanzplan und Investitionsprogramm für die Jahre 2020 bis 2023**
Vorlage: 2019/266

Beschluss:

- a) Die vorliegende **mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung** für die Jahre 2020 bis 2023 wird in der Fassung des Entwurfs des Haushaltsplans 2020 unter Berücksichtigung der sich aus den Haushaltsplanberatungen in den Fachausschüssen ergebenden

Veränderungen (siehe Anlage 2019/265 b „Veränderungen des HH-Planentwurfs 2020 im Zuge der Beratungen der Fachausschüsse“ zur Verwaltungs-Vorlage Nr. 2019/265 „Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020“) zur Kenntnis genommen.

- b) Das vorliegende Investitionsprogramm für die Jahre 2020 bis 2023 wird in der Fassung des Entwurfs des Haushaltsplans 2020 unter Berücksichtigung der sich aus den Haushaltsplanberatungen in den Fachausschüssen ergebenden Veränderungen (siehe Anlage 2019/265 b „Veränderungen des HH-Planentwurfs 2020 im Zuge der HH-Beratungen“ zur Verwaltungs-Vorlage Nr. 2019/265 „Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020“) beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja- Stimmen: 29
Nein- Stimmen: 5
Enthaltungen: 0

**zu 9 Unterstützung der Initiative "Seebrücke schafft sichere Häfen"
Vorlage: 2019/034-1**

Herr Julitz stellt den Antrag der AfD-Fraktion vom 06.12.2019 ausführlich vor. Seiner Meinung nach sollte weniger die Rettung auf See unterstützt, sondern vielmehr die Fluchtursachen bekämpft werden.

Herr Kowalski, Herr Krause, Herr Koch-Böhnke, Herr Lemke, Herr Paatsch sowie Herr Klages distanzieren sich von Herrn Julitz' Äußerungen. Sie sind stolz, dass sich die Mehrheit der Bevölkerung in der Zusammensetzung des Rates widerspiegelt und der Rat daher in der heutigen Sitzung für die Unterstützung der Initiative „Seebrücke“ stimmen und sich solidarisch positionieren wird.

Herr Krüger lässt zunächst über den Antrag der AfD-Fraktion vom 06.12.2019 abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 3
Nein-Stimmen: 31
Enthaltungen: 0

Damit ist der Antrag abgelehnt. Herr Krüger lässt anschließend über die Verwaltungsvorlage 2019/034-1 abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Hansestadt Buxtehude unterstützt die Initiative „Seebrücke“. Er bekennt sich zu seiner Verantwortung, Menschen zu helfen, die durch Krieg, Verfolgung und andere Notlagen ihre Heimat verlassen haben und in Deutschland Zuflucht suchen.

1. Der Rat der Hansestadt Buxtehude ist auch weiterhin bereit, Geflüchteten - auch solchen, die in Seenot geraten sind - im Rahmen der kommunalen und rechtlichen Möglichkeiten Obdach und Hilfe zu gewähren, und versteht in diesem Sinne die Hansestadt Buxtehude als „sicheren Hafen“.
2. Für die Verteilung und Unterbringung von aus Seenot Geretteten muss die Bun-

desregierung eindeutige Regelungen schaffen. Der Rat appelliert an die Bundesregierung, verstärkt die Bekämpfung der Fluchtursachen voranzutreiben und sich ebenso für eine solidarische, humanitäre europäische Flüchtlingspolitik einzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Ja- Stimmen: 31

Nein- Stimmen: 3

Enthaltungen: 0

**zu 9.1 Unterstützung der Initiative "Seebrücke schafft sichere Häfen"; Antrag der AfD-Fraktion vom 06.12.2019
Vorlage: 2019/034-2**

Die Beratung und Abstimmung zum Antrag der AfD-Fraktion ist zusammenfassend zu TOP 9 protokolliert.

**zu 10 Betriebssatzung der Städtischen Betriebe Buxtehude ab 01.01.2020
Vorlage: 2019/220**

Herr Seemann sowie Herr Riesterer stellen heraus, dass der Prozess, in dem sich die Verwaltung den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern angenommen und gut vermittelt hat und Rechte der Beschäftigten gewahrt wurden, zu einem guten Abschluss geführt werden konnte. Sie heben vor allem die in Aussicht gestellte räumliche Verbesserung hervor, die auch zu einer erhöhten Attraktivität als Arbeitgeber beitragen wird, und wünschen sich, dass die prognostizierten Synergieeffekte eintreten werden.

Beschluss:

Die Betriebssatzung der Städtischen Betriebe Buxtehude wird gemäß Anlage zur Verwaltungsvorlage Nr. 2019/220 mit Wirkung ab 01.01.2020 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 2 Enthaltungen

**zu 11 Festsetzung des Gebührensatzes in der Schmutzwasserbeseitigung für den Bereich der Hansestadt Buxtehude für das Jahr 2020
Vorlage: 2019/221**

Beschluss:

Der Gebührensatz für die Schmutzwasserbeseitigung in § 15 Abs. der Satzung über die Erhebung von Beiträgen, Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwasserbeseitigung

der Hansestadt Buxtehude wird auf Grundlage des Ergebnisses 2018 und der entsprechenden Kalkulation für das Jahr 2020 ab 01.01.2020 von 1,75 € auf 1,86 € erhöht.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 12 Festsetzung des Gebührensatzes in der Niederschlagswasserbeseitigung für den Bereich der Hansestadt Buxtehude für das Jahr 2020
Vorlage: 2019/222

Beschluss:

Der Gebührensatz für die Niederschlagswasserbeseitigung in § 15 Abs. 2 der Satzung über die Erhebung von Beiträgen, Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwasserbeseitigung der Hansestadt Buxtehude wird auf Grundlage des Ergebnisses 2018 und der entsprechenden Kalkulation für das Jahr 2020 ab 01.01.2020 von 3,85 € je vollendete 10 m² auf 4,16 € je vollendete 10 m² erhöht.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 13 Festsetzung des Gebührensatzes in der Schmutzwasserbeseitigung für den Bereich der Samtgemeinde Apensen für das Jahr 2020
Vorlage: 2019/223

Beschluss:

Der Gebührensatz für die Schmutzwasserbeseitigung in § 15 Abs. 1 der Satzung der Hansestadt Buxtehude über die Erhebung der Abgaben für die Abwasserbeseitigung im Bereich der Samtgemeinde Apensen wird auf Grundlage des Ergebnisses 2018 und der entsprechenden Kalkulation für das Jahr 2020 ab 01.01.2020 mit unverändert 2,51 €/m³ beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 14 Festsetzung der Gebührensätze in der Niederschlagswasserbeseitigung für den Bereich der Samtgemeinde Apensen in den Gemeinden Apensen und Beckdorf für das Jahr 2020
Vorlage: 2019/224

Beschluss:

Die Gebührensätze für die Niederschlagswasserbeseitigung in § 15 Abs. 2 der Satzung der Hansestadt Buxtehude über die Erhebung der Abgaben für die Abwasserbeseitigung im Bereich der Samtgemeinde Apensen werden auf Grundlage der Ergebnisse 2018 und der entsprechenden Kalkulationen für das Jahr 2020 ab 01.01.2020 für die Einrichtung Apensen mit unverändert 2,39 € je vollendete 10 m² beschlossen und bei der Einrichtung Beckdorf von 2,86 € je vollendete 10 m² auf 3,25 € je vollendete 10 m² erhöht.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 15 **9. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen, Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwasserbeseitigung der Hansestadt Buxtehude (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung) vom 23.12.1999**
Vorlage: 2019/225

Beschluss:

Die 9. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen, Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwasserbeseitigung der Hansestadt Buxtehude (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung) vom 23.12.1999 wird gemäß Anlage zur Verwaltungsvorlage Nr. 2019/225 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 16 **10. Satzung zur Änderung der Satzung der Hansestadt Buxtehude über die Erhebung der Abgaben für die Abwasserbeseitigung im Bereich der Samtgemeinde Apensen (Abwasserabgabensatzung Apensen) vom 28.11.2005**
Vorlage: 2019/226

Beschluss:

Die 10. Satzung zur Änderung der Satzung der Hansestadt Buxtehude über die Erhebung der Abgaben für die Abwasserbeseitigung im Bereich der Samtgemeinde Apensen (Abwasserabgabensatzung Apensen) vom 28.11.2005 wird gemäß Anlage zur Verwaltungsvorlage Nr. 2019/226 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 17 **Wirtschaftsplan 2020 der Städtischen Betriebe Buxtehude**
Vorlage: 2019/227

Beschluss:

Die Teile a) und b) des Wirtschaftsplanes 2020 der Städtischen Betriebe Buxtehude

und zwar

a) der Vermögensplan mit einer Investitionssumme von	7.222.000 Euro
b) der Erfolgsplan mit Umsatzerlösen von	12.109.000 Euro

werden in der von der Betriebsleitung vorgeschlagenen Form festgestellt.

c) Die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2019 – 2023 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja- Stimmen: 24
Nein- Stimmen: 0
Enthaltungen: 10

zu 18 Ausschreibung der Stelle "Migrationsbeauftragte/r"; Antrag der Fraktion B 90/Die Grünen vom 06.05.2019
Vorlage: 2019/096-1

Die Beratung und Abstimmung zum Antrag der Fraktion B 90/ Die Grünen ist zusammenfassend zu TOP 7 protokolliert.

zu 19 Straßenerneuerungsmaßnahmen/realistische Ausbauplanung entsprechend den anteiligen Einnahmen aus dem Grundsteueranteil; Antrag der Fraktion B90/Die Grünen vom 04.11.2019
Vorlage: 2019/244

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung abgesetzt.

zu 20 Gewinnausschüttung der Sparkasse Harburg-Buxtehude; Antrag DIE LINKE.Fraktion vom 12.11.2019
Vorlage: 2019/260

Herr Julitz nimmt nicht mehr an der Sitzung teil. Es sind noch 33 Ratsmitglieder anwesend.

Herr Kowalski stellt den Antrag der DIE LINKE.Fraktion vom 12.11.2019 vor. Die Fraktion fordert im Wesentlichen eine Gewinnausschüttung im Verhältnis der Anteile der Hansestadt an dem Sparkassenzweckverband.

Abstimmungsergebnis:

Ja- Stimmen: 2
Nein- Stimmen: 26
Enthaltungen: 5

Damit ist der Antrag abgelehnt.

zu 21 Eichen Kreuzungsbereich Heideweg/Kirchweg - Recht auf Nachhaltigkeit - ; Antrag

Herr Peper stellt den Antrag vor. Auch wenn die Eichen bereits gefällt sind, soll der Antrag aufrecht gehalten werden mit dem Ziel, für das Ortsbild prägende Bäume und damit das Ortsbild insgesamt erhalten zu können. Herr Seemann, Herr Sudmeyer sowie Herr Koch-Böhnke beziehen sich auf die Beratungen im Fachausschuss und stellen heraus, aus welchen rechtlichen Gründen die Fällung der Bäume nicht verhindert werden konnte, auch, wenn der Erhalt der Bäume grundsätzlich wünschenswert gewesen ist. Aus diesem Grund sollte die Baumschutzsatzung entsprechend im Rahmen des möglichen überarbeitet werden. Herr Peper bittet um schriftliche Mitteilung der rechtlichen Entscheidungsgrundlagen.

Abstimmungsergebnis:

Ja- Stimmen: 2
Nein- Stimmen: 31
Enthaltungen: 0

Damit ist der Antrag abgelehnt.

zu 22 Mitteilungen der Bürgermeisterin über wichtige Angelegenheiten

Mitteilungen liegen nicht vor.

zu 23 Behandlung von Anfragen

Anfragen liegen nicht vor.

Herr Krüger weist darauf hin, dass entgegen einer Berichterstattung in der Kreiszeitung Wochenblatt in der kommenden Woche keine Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Ortschaftsangelegenheiten und Umweltschutz stattfindet.